

Die letzte Entscheidung

Covid-19 brachte das Thema Sterben zurück ins Bewusstsein, konkrete Gedanken dazu machen sich aber wenige.

Rebekka Balzarini

Haben Sie sich schon einmal wirklich Gedanken dazu gemacht, was für Sie Lebensqualität bedeutet? Oder ob Sie von einer Maschine beatmet werden möchten, wenn es Ihnen wirklich schlecht geht?

In den vergangenen Wochen mussten sich viele Patienten mit diesen Fragen auseinandersetzen. Oder eher: Sie hätten sich damit auseinandersetzen müssen. Denn mit Covid-19 ist eine neue Erkrankung bei uns angekommen, die bei einem schweren Verlauf tödlich enden kann. «Menschen mit chronischen oder schweren Grunderkrankungen sind bei einem schweren Verlauf einer Coronainfektion klassische Palliativpatienten», erklärt Manuel Jungi, Präsident des Vereins palliative so und leitender Arzt der Palliativstation im Kantonsspital Olten. «Sie haben ein Leiden, an dem sie auf absehbare Zeit sterben können».

Bei der Lungenerkrankung, die eine Infektion mit dem Coronavirus auslösen kann, ist es laut Jungi zentral, sich auch mit dem Gedanken der palliativen Betreuung auseinanderzusetzen. «Palliative Care wird oft nur mit Krebserkrankungen in Verbindung gebracht», so Jungi. «Dass auch eine Lungenerkrankung diese Form von Betreuung erfordern kann, war vielen Kolleginnen und Kollegen in den Spitälern, aber auch Angehörigen und Patienten nicht bewusst», sagt er. «Das hat mich schon etwas ernüchert.»

Die Auseinandersetzung mit dem Lebensende fehlt

Bevor die Coronakrise ihren bisherigen Höhepunkt in der Schweiz überschritten hatte, konnte man vielerorts lesen, welche ethischen Entscheidungen in den Schweizer Spitälern unter Umständen gefällt werden müssen, sollte es tatsächlich dazu kommen, dass alle Beatmungsbetten auf den Stationen gefüllt sind. Von Triage war die Rede, davon, dass Ärzte abwägen müssen, bei welchen Patienten eine Beatmung mehr Sinn macht als bei anderen. Dazu kam es in den Solothurner Spitälern nicht. «Glücklicherweise», sagt Jungi. Aber trotzdem konnte er, der sich auch in seiner Funktion als Präsident des Ethikrates der Solothurner Spitä-



In der regionalen Ärzteschaft ist das Thema Sterben offenbar noch ein Tabu; aber auch Patientinnen und Patienten sowie deren Angehörige befassen sich oft nicht mit etwa Patientenverfügungen. Bild: Urs Bucher

ler AG (soH) regelmässig mit medizinethischen Fragen beschäftigt, in den letzten Wochen feststellen: «Solche grundsätzlichen Diskussionen finden noch zu wenig statt».

Soll heissen: Noch zu wenige Patienten haben sich mit dem Gedanken auseinandergesetzt, wie sie sterben wollen, und diese Überlegungen auch in einer Patientenverfügung festgehalten. Sie scheuen sich laut Jungi davor, darüber nachzudenken, was sie sich im schlimmsten Fall wünschen. «Ich spüre in den Gesprächen mit Patienten oft, dass sie finden, der Arzt solle über ihre Behandlungen entschei-

den. Und natürlich muss ein Arzt seine medizinische Sicht einbringen, aber er sollte auch im Sinne der Patienten entscheiden. Gerade wenn es einem Patienten so schlecht geht, dass er kaum noch Luft hat und nicht mehr sprechen kann, dann hilft es, wenn er seinen Willen vorher formuliert hat und der Arzt sich danach richten kann».

Eine ähnliche Erfahrung machte Brigitte Baschung, Vizepräsidentin des Vereins palliative so und Leiterin des Alters- und Pflegeheims Bellevue in Oberdorf. Als das Coronavirus sich in der Schweiz auszubreiten begann, mussten die Bewohne-

rinnen und Bewohner des Bellevues ihre Patientenverfügungen überprüfen. «Wir waren erstaunt, wie lückenhaft diese teilweise waren», erzählt sie. «Es zeigte sich, wie wichtig das Festhalten des persönlichen Willens und das Gespräch mit den Angehörigen ist.»

Auch Ärzteschaft tut sich mit dem Thema schwer

Diese Kommunikation im Vorfeld sei bei Risikopatienten aber wichtig, so Jungi. «Alles steht und fällt damit. Es gab in den letzten Wochen Fälle, da wurde nie über das Thema gesprochen, und plötzlich war es zu spät zum

«Machen ist einfacher, als so ein schwieriges Gespräch zu führen.»



Manuel Jungi
Präsident Verein palliative so

Reden». Auch Ärzten falle es schwer, über das Thema zu sprechen. «Viele fokussieren sich darauf, möglichst gut zu behandeln. Machen ist einfacher, als ein schwieriges Gespräch zu führen», sagt Jungi. «Persönlich finde ich es aber schwieriger, darüber zu entscheiden, ob ein Beatmungsgerät abgestellt werden muss, als darüber zu reden, ob ein Patient überhaupt beatmet werden soll.» Eigentlich wären Jungi und andere Mitglieder des Ethikrates der soH allen Mitarbeitenden für ethische Fragen zum Vorgehen bei Patienten in komplexen Situationen zur Verfügung gestanden. In den letzten Wochen wurde diese Gelegenheit aber nur selten genutzt, das Ethikgremium hätte mit mehr Anfragen gerechnet. «Ich habe das Gefühl, dass es mehr Situationen gegeben haben muss, wo eine ethische Besprechung geholfen hätte. Ich fürchte aber, dass diese wichtigen Fragen gar nicht immer gestellt wurden».

Jungi hofft, dass die Erfahrungen aus den letzten Wochen zu einem Umdenken führen: «Mein Wunsch ist, dass sich die Menschen bewusster fragen, wo sie im Leben stehen und was für sie Lebensqualität bedeutet. Und dass man vermehrt den Mut aufbringt, Grundsatzfragen zu formulieren und darüber zu diskutieren.»

Kaum Anrufe: soH stellt Hotline ein

Corona-Sorgen Aufgrund der Corona-Krise hat auch die Solothurner Spitäler AG (soH) Anfang April eine Hotline eingerichtet; konkret die Abteilung der Psychiatrischen Dienste, um der Bevölkerung Ängste und Sorgen in dieser Zeit zu nehmen und Antworten auf psychische Fragen zu geben. Im Gegensatz zur kantonalen Hotline, die derzeit für Fragen betreffend Corona in Betrieb ist und täglich mehrere Anrufe erhält, war sie aber weniger gefragt. Mittlerweile hat die soH das Angebot deshalb wieder eingestellt, wie sie auf Anfrage mitteilt.

«Es war ursprünglich ein deutlicher Anstieg an psychischen Erkrankungen erwartet worden», schreibt Mediensprecher Gian Trionfini. «Die Nachfrage an der Hotline fiel äusserst gering aus, sodass sie per 30. April sistiert wurde.» Zuvor gingen laut Trionfini Anrufe ein, welche die Themen «Arbeitsplatzprobleme, Angst vor Infektion, soziale Ängste wegen der Situation» betrafen.

«Wenn von den Fachpersonen nach eingehenderem Gespräch vermutet worden ist, dass ein ernsthaftes psychisches Problem vorlag, das behandelt werden musste, konnte niederschwellig auf eine weiterführende Behandlung hingewiesen und bei Bedarf auch vermittelt werden», so der Mediensprecher. Oft war das aber wie gesagt gar nicht nötig – was zur Einstellung der Hotline führte. (nka)

Lieferwagenfahrer baut Selbstunfall

A1 Härkingen Ein Lieferwagenlenker war am vergangenen Samstagabend auf der Autobahn A1 in Richtung Bern unterwegs. Kurz vor der Verzweigung Härkingen verlor er aus derzeit noch unbekanntem Grund die Kontrolle über das Fahrzeug, worauf dieses ins Schleudern kam. Im weiteren Verlauf prallte der Lieferwagen in die Mittelleitplanke und kippte nach entsprechendem Lenkbewegungen schliesslich auf die rechte Seite. Auf dem zweiten Überholstreifen, entgegen der Fahrtrichtung, kam das Gefährt schliesslich zum Stillstand. Der Mitfahrer wurde leicht verletzt.

Weil aus dem beschädigten Kraftstofftank Diesel direkt auf den heissen Auspuff lief und Brandgefahr bestand, wurde die Feuerwehr Zofingen aufgebeten. Zur Instandstellung der beschädigten Autobahneinrichtung standen Mitarbeitende der Firma NSNW (Nationalstrassen Nordwestschweiz) und zum Abtransport des Lieferwagens ein Abschleppunternehmen im Einsatz. (kps)



Aus noch ungeklärten Gründen verlor der Fahrer dieses Lieferwagens die Kontrolle. Bild: zvg

Leistungsauftrag erneuert: 940 Millionen für die Fachhochschule Nordwestschweiz

Bildungsraum Nordwestschweiz Der Leistungsauftrag mit der Fachhochschule Nordwestschweiz wird erneuert; das teilt der Bildungsraum Nordwestschweiz mit, zu welchen nebst den beiden Basler Halbkantonen auch die Kantone Aargau und Solothurn gehören. Der neue Auftrag wurde von den Regierungen per 1. Januar 2021 verabschiedet. Der Auftrag legt fest, welchen Beitrag die FHNW von ihren Trägerkantonen er-

halten soll; der Globalbeitrag wird nun noch bei den vier Parlamenten beantragt. Dieser beträgt 937,5 Millionen Franken, wobei der Kanton Solothurn rund 152 Millionen beisteuert – was 16,3 Prozent des Gesamtbeitrags entspricht.

Der Auftrag enthält weiter die von der FHNW zu erreichenden Ziele in den Jahren 2021 bis 2024. Es handelt sich dabei um die sechste Leistungsauftragsperiode zwischen FHNW und

den Trägerkantonen; künftig soll eine Periode nicht mehr drei, sondern vier Jahre dauern. Dies trage der Langfristigkeit von Hochschulentwicklungen verstärkt Rechnung, heisst es weiter.

12 600 Studierende, auch im «Distance Learning»

Mit Standorten in allen vier Trägerkantonen – derjenige im Kanton Solothurn liegt in Olten – bildet die FHNW rund 12 600 Stu-

dierende in Bachelor- und Masterstudiengängen aus. Laut Mitteilung gehört zudem die «anwendungsorientierte und nach Fachbereichen gewichtete Forschung» zum Kerngeschäft der FHNW. Bei der Pädagogischen Hochschule stehe weiterhin die berufspraktische Ausbildung im Fokus.

In der Mitteilung wird die FHNW auch als «Innovations-treiberin» bezeichnet. Einmal mehr habe sich das gerade wäh-

rend der Coronakrise gezeigt, in welcher sie vollständig auf «Distance Learning» umgestellt hat. Innert kürzester Zeit sei dies gelungen, so die Verantwortlichen des Bildungsraums Nordwestschweiz. «Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, dass die FHNW auch mit dem neuen Leistungsauftrag ihr Studiengangangebot gezielt auf die digitalen Herausforderungen hin überprüfen und weiterentwickeln kann.» (szz)